

Verfassungsbestimmungen, allgemeine Unterrichts- und Spezialgesetze

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Jahrbuch des Unterrichtswesens in der Schweiz**

Band (Jahr): **17/1903 (1905)**

PDF erstellt am: **21.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-16277>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

3. 3. Verordnung des Bundesrates betreffend die Aushebung der Wehrpflichtigen.
(Vom 1. Mai 1903.)

§ 7. Verfahren bei der Aushebung. — *B. Pädagogische Prüfung.*

1. Die pädagogische Prüfung der Rekruten hat in der Regel der sanitärischen Untersuchung vorauszugehen und für alle Rekruten gleichzeitig stattzufinden. Das Resultat der Prüfung, im Dienstbüchlein eingetragen, ist zur Untersuchung mitzubringen. Die ärztlichen Kommissionen haben daher mit der Untersuchung der Eingeteilten und Zurückgestellten zu beginnen. Diese sind auf die verschiedenen Aushebungstage angemessen zu verteilen.

2. Die pädagogische Prüfung wird mit allen Stellungspflichtigen vorgenommen, vorbehaltlich Ziffer 4 hiernach. Der pädagogische Experte hat, wo es notwendig erscheint, einen oder zwei Gehülfen beizuziehen und sich mit denselben rechtzeitig zu verständigen. Diese Gehülfen sollen dem Kanton angehören, dessen Mannschaft geprüft wird. Die Prüfung selbst, über deren Beginn sich der Experte mit dem Aushebungsoffizier zu verständigen hat, geschieht nach Anleitung des Regulativs vom 15. Juli 1879.

3. Jeder Rekrut hat der pädagogischen Kommission mit dem ausgefüllten Dienstbüchlein auch einen amtlichen Ausweis über die zuletzt besuchte Schule, d. h. diejenige Schule, die er im letzten Jahr seiner obligatorischen Schulpflicht besucht hat, vorzuweisen. Obligatorische und freiwillige, gewerbliche oder landwirtschaftliche Fortbildungsschulen, Rekrutenkurse etc., sowie Techniken und Hochschulen sind dabei ausgeschlossen.

Die Form des Ausweises bleibt den Kantonen überlassen; wo jedoch obligatorische Schulabgangszeugnisse eingeführt sind, sind diese als Ausweis zu verwenden.

4. Taube und Blinde, sowie Rekruten, die das 26. Altersjahr zurückgelegt haben, sind nicht zu prüfen. Hinsichtlich der Idioten und geistesschwachen Rekruten ist es Sache des Aushebungsoffiziers, im Verein mit den ihm unterstellten Organen (Ärzte und Pädagogen) zu entscheiden, ob die betreffenden Rekruten die Prüfung zu bestehen haben oder nicht.

5. Den Ausgehobenen ist bei der Prüfung zu eröffnen, daß es ihnen anheimgestellt sei, an der nächstjährigen Prüfung wiederum teilzunehmen, in der Meinung, daß ein allfällig besseres Ergebnis der Prüfung in das Dienstbüchlein eingetragen werde.

6. Der pädagogische Experte hat darüber zu wachen, daß beim Eintrag der Prüfungsergebnisse in die Dienstbüchlein der Stellungspflichtigen durch den Sekretär keinerlei Radierungen oder Abänderungen vorgenommen werden, die dem Manne später zur Last gelegt werden könnten.

B. Kantonale Gesetze und Verordnungen.

I. Verfassungsbestimmungen, allgemeine Unterrichts- und Spezialgesetze.

1. 1. Gesetz über das Lehrlingswesen im Kanton Glarus. (Erlassen von der Landsgemeinde am 3. Mai 1903.)

Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Als Lehrling im Sinne dieses Gesetzes gilt jede männliche oder weibliche Person, welche in einem Handwerk oder Gewerbe, mit mechanischem Betriebe oder ohne solchen, einen bestimmten Beruf erlernen will. Im Zweifelsfalle entscheidet die Erziehungsdirektion beziehungsweise der Regierungsrat.

§ 2. Der Eintritt in die Lehre ist dem Lehrling nach zurückgelegtem 14. Altersjahr gestattet (§ 10 des Arbeiterschutzgesetzes.)

§ 3. Personen, welche infolge einer strafrechtlichen Verurteilung nicht im Besitze des Aktivbürgerrechtes sind, dürfen während der Dauer der Einstellung keine Lehrlinge aufnehmen.

§ 4. Wenn Geschäftsinhaber oder deren Stellvertretung ihren Pflichten gegenüber Lehrlingen nicht nachkommen, insbesondere nach §§ 9 und 12 dieses Gesetzes, so kann dem Geschäftsinhaber auf eine bezügliche Klage das Recht, Lehrlinge weiter anzunehmen, durch das in § 17 vorgesehene Schiedsgericht bis auf drei Jahre entzogen werden.

§ 5. Lehrlinge unter 18 Jahren dürfen weder zu Sonntags-, noch zu Nachtarbeit von abends 8 Uhr bis morgens 6 Uhr herangezogen werden (Arbeiterschutzgesetz § 7).

Lehrvertrag.

§ 6. Für jedes Lehrlingsverhältnis ist ein schriftlicher Lehrvertrag auf Grundlage des Normal-Lehrvertrages des schweizerischen Gewerbevereins in drei Exemplaren auszufertigen. Von diesen drei Exemplaren ist je eines zu Händen der beiden Kontrahenten, das dritte für die Erziehungsdirektion bestimmt.

Der Lehrmeister ist verpflichtet, der Erziehungsdirektion das für dieselbe bestimmte Vertragsformular spätestens sechs Wochen nach Beginn des Lehrverhältnisses einzureichen.

Die Direktion prüft die Verträge und weist dieselben, sofern sie den gesetzlichen Anforderungen nicht entsprechen, zur Berichtigung zurück.

§ 7. Der Lehrvertrag soll mindestens enthalten: Das Lehrfach, die Lehrzeit, das Lehrgeld und die Bedingungen, unter welchen die einseitige Aufhebung des Vertrages zulässig ist (§ 5 des Arbeiterschutzgesetzes vom 8. Mai 1892).

Der Lehrvertrag ist vom Lehrmeister, vom Inhaber der elterlichen und vormundschaftlichen Gewalt, sowie vom Lehrling eigenhändig zu unterzeichnen.

§ 8. Sofern der Lehrvertrag nichts anderes bestimmt, sollen die ersten vier Wochen der Lehrzeit in dem Sinne als Probezeit betrachtet werden, dass es bis zum Ablauf derselben jedem Teil frei steht, das Lehrverhältnis unter Innehaltung einer mindestens dreitägigen Kündigungsfrist aufzulösen.

§ 9. Der Lehrmeister hat den Lehrling nach besten Kräften in der durch den Zweck der Ausbildung gebotenen Reihenfolge möglichst in allen Kenntnissen und Fertigkeiten seines Geschäftsbetriebes heranzubilden. Er muß entweder selbst oder durch einen geeigneten Stellvertreter die Ausbildung des Lehrlings leiten. Zu andern als beruflichen Dienstleistungen darf der Lehrling nur insoweit verwendet werden, als der Lehrvertrag es gestattet und die Erlernung des Berufes darunter nicht Schaden leidet.

§ 10. Der Lehrling ist zu Fleiß und anständigem Betragen verpflichtet und hat seinem Lehrmeister, sowie dessen Stellvertreter Gehorsam zu leisten.

Lehrlinge, welche ohne genügenden Grund die Lehre verlassen, haben auf Verlangen des Meisters wieder einzutreten oder demselben eine angemessene Entschädigung zu entrichten.

Über bezügliche Streitigkeiten entscheidet das in § 17 vorgesehene Schiedsgericht.

§ 11. Für eine dem Lehrvertrag gemäß bestandene Lehrzeit hat der Lehrmeister dem Lehrling eine Bescheinigung über die Art und Dauer der Lehre auszustellen.

Obligatorium der Fortbildungsschule.

§ 12. Der Besuch der Fortbildungsschule ist während der Dauer der Lehrzeit für jeden Lehrling obligatorisch. Auch ohne besondere Bestimmungen im Lehrvertrage ist jeder Lehrmeister verpflichtet, seine Lehrlinge zum Besuche der allgemeinen und beruflichen Fächer der Fortbildungsschule an-

zumelden und anzuhalten und denselben die hierfür, sowie auch für den Besuch des Religionsunterrichtes erforderliche Zeit frei zu geben und zwar für den Fortbildungsschulunterricht, soweit er in die Arbeitszeit fällt, bis auf zwei Stunden wöchentlich; diese sind in die Zeit von nachmittags 3 Uhr an zu verlegen. Lehrlinge, welche für ihre Berufsbildung des Unterrichtes in den technischen Fächern nicht bedürfen (Metzger, Bäcker u. s. w.), sind verpflichtet, die Fächer der allgemeinen Fortbildungsschule zu besuchen.

Lehrlingsprüfungen.

§ 13. Jeder Lehrling ist verpflichtet, sich einer Lehrlingsprüfung zu unterziehen. Der Lehrmeister hat ihn zur Teilnahme anzumelden.

Lehrlinge, deren Meister besonders Berufsverbänden angehören, können, unter rechtzeitigem Bericht an die Kommission und nach Vorweisung ihres Diploms über die beim Berufsverbände bestandene Prüfung, der kantonalen Prüfung enthoben werden.

§ 14. Der Regierungsrat wählt auf den Vorschlag des Verbandes glarnerischer Gewerbevereine auf die Dauer von drei Jahren eine Lehrlingsprüfungskommission, bestehend aus fünf Mitgliedern, welche alljährlich unter Beobachtung des Reglementes für die schweizerischen Lehrlingsprüfungen ein Prüfungsprogramm auszuarbeiten und der Erziehungsdirektion zur Genehmigung vorzulegen hat. Die Wahl der Fachexperten erfolgt aus den bezüglichen Vorschlägen der Prüfungskommission durch den Regierungsrat.

Am Schlusse der Prüfung hat die Kommission einen einläßlichen Bericht über den Verlauf und die Ergebnisse derselben einzureichen. Die für die Prüfung angefertigten Arbeiten sind öffentlich auszustellen.

Die Mitglieder der Lehrlingsprüfungskommission und die Fachexperten werden gemäß § 9, Ziffer 5 des Besoldungsgesetzes (ständige Spezialkommissionen) entschädigt.

§ 15. Jedem Teilnehmer, welcher die Lehrlingsprüfung mit Erfolg bestanden hat, ist nach beendeter Lehrzeit ein Prüfungsausweis (Lehrbriefe, Diplome) auszustellen.

§ 16. Lehrlinge, welche die Prüfung nicht mit Erfolg bestanden haben, können sich frühestens nach Ablauf eines Jahres zu einer Nachprüfung anmelden. Die Nachprüfung ist nicht notwendig in denjenigen Fächern, in welchen die erste Prüfung genügende Resultate ergeben hat.

Schiedsgericht.

§ 17. Wenn während des Vertragsverhältnisses von Lehrling und Meister oder bei vorzeitiger Trennung Streitigkeiten entstehen und eine gütliche Vereinbarung nicht herbeigeführt werden kann, ist die Angelegenheit zu endgültigem Entscheid einem Schiedsgericht zu überweisen.

Das Schiedsgericht wird gebildet aus je einem Vertreter der beiden Parteien und einem Obmann. Dieser wird von den Schiedsrichtern bezeichnet. Sollten sich diese über die Wahl des Obmannes nicht einigen können, so steht die Wahl endgültig dem Zivilgerichte zu. (Zivilprozeßordnung § 106, Ziffer 2, litt. a und § 329, Alinea 3 und 4.)

Staatliche Leistungen.

§ 18. Für die Hebung von Handwerk und Gewerbe und für die Ordnung des Lehrlingswesens übernimmt der Staat folgende Leistungen:

- a. Kosten der Lehrlingsprüfungen. Hierfür wird alljährlich ein den Verhältnissen angemessener Posten ins Landesbudget aufgenommen;
- b. Unterhalt und Ausbau der Zentralstelle für gewerbliches Bildungswesen mit finanzieller Unterstützung des Bundes und Beiträgen beteiligter Kreise;
- c. Beitrag an den Kantonalverband der Gewerbevereine.

Straf-, Übergangs- und Vollzugsbestimmungen.

§ 19. Übertretungen der Bestimmungen dieses Gesetzes werden durch das Polizeigericht mit Buße von Fr. 5. — bis Fr. 100. — belegt.

§ 20. Dieses Gesetz tritt sofort in Kraft und findet in Bezug auf die Bestimmung von § 12 auch auf die zurzeit des Inkrafttretens des Gesetzes schon bestehenden Lehrlingsverhältnisse Anwendung.

§ 21. Allfällige zu diesem Gesetze erforderliche Vollziehungsverordnungen erläßt der Landrat.

§ 22. Der Regierungsrat ist mit dem Vollzuge beauftragt.

2. 2. Loi sur l'organisation du Technicum ou Ecole des Arts et Métiers à Fribourg.
(Du 9 mai 1903.)

Le Grand Conseil du canton de Fribourg, sur la proposition du Conseil d'Etat,

décète:

Art. 1^{er}. Il est institué un Technicum ou Ecole des Arts et Métiers.

Art. 2. Le Technicum se compose de deux sections et a pour but:

A. De former, par un enseignement scientifique ou artistique et par des exercices pratiques, des techniciens du degré moyen possédant les connaissances et l'habileté nécessaires à l'exercice de leur profession;

B. De former, par des études professionnelles, des ouvriers et praticiens capables.

Art. 3. La section A comprend: 1^o une école de mécanique; — 2^o une école d'électrotechnique; — 3^o une école de construction civile; — 4^o une école de géomètres; — 5^o une école des arts décoratifs.

Art. 4. La section B comprend: 1^o Une école-atelier des mécaniciens; — 2^o une école-atelier de tailleurs de pierre et de maçons; — 3^o une école-atelier de menuisiers et ébénistes.

Art. 5. Le Conseil d'Etat peut autoriser suivant les besoins et les ressources du budget, la création de sections nouvelles ou l'ouverture de cours spéciaux temporaires.

Art. 6. Le Technicum est placé sous la surveillance du Conseil d'Etat et spécialement, de la Direction de l'Instruction publique.

Art. 7. Une commission spéciale assiste la Direction de l'Instruction publique.

Art. 8. Le Conseil d'Etat établit le règlement général qui fixe l'organisation intérieure du Technicum.

Art. 9. Le règlement détermine le mode de constitution et les compétences de la commission, les matières et le programme d'enseignement et tous les autres points de détail et d'application non prévus par la présente loi.

Art. 10. Le Conseil d'Etat nomme le directeur, les professeurs et les employés du Technicum.

Art. 11. Le Conseil d'Etat fixe le traitement du personnel.

Art. 12. Le Grand Conseil inscrit chaque année au budget les crédits nécessaires à l'entretien du Technicum.

La contribution de la commune de Fribourg est établie par une convention entre la commune et l'Etat.

Art. 13. Le Conseil d'Etat est chargé de l'exécution de la présente loi, qui entre immédiatement en vigueur.

3. 3. Gesetz betreffend Zulassung von Frauen in die Schulbehörden des Kantons Baselstadt. (Vom 25. Juni 1903.)

Der Große Rat des Kantons Baselstadt, auf Antrag des Regierungsrates, in Abänderung von § 70 des Schulgesetzes vom 21. Juni 1880, von § 2 des Gesetzes betreffend Errichtung einer Frauenarbeitsschule vom 11. Oktober 1894 und von § 2 des Gesetzes betreffend Kleinkinderanstalten vom 18. April 1895, beschließt:

I.

§ 70 des Schulgesetzes vom 21. Juni 1880 erhält folgende Fassung:

„Die Inspektionen der Primarschulen und der Sekundarschulen bestehen aus dem Präsidenten und acht weiteren Mitgliedern, die Inspektionen des Gymnasiums und der Realschule aus dem Präsidenten und vier weiteren Mitgliedern und die Inspektionen der Töchterschule, sowie der Schulen in Riehen und Bettingen aus dem Präsidenten und sechs Mitgliedern. Den Inspektionen der Mädchenprimar-, der Mädchensekundar- und der Töchterschule, sowie der Schulen in Riehen und Bettingen sollen je drei Mitglieder weiblichen Geschlechts angehören. Sämtliche Mitglieder der Inspektionen werden vom Regierungsrat nach seinem Amtsantritt auf die Dauer von drei Jahren gewählt.“

II.

§ 2 des Gesetzes betreffend Errichtung einer Frauenarbeitsschule vom 11. Oktober 1894 erhält folgende Fassung:

„Die Frauenarbeitsschule ist dem Erziehungsdepartement unterstellt.

Zur Leitung der Anstalt wird eine Inspektion, bestehend aus einem Präsidenten und acht, worunter drei weiblichen Mitgliedern, bestellt, welche durch den Regierungsrat auf eine Amtsdauer von drei Jahren gewählt wird.

Der Inspektion ist eine Frauenkommission von sieben Mitgliedern beigegeben, die von der Inspektion auf eine Amtsdauer von drei Jahren gewählt wird und deren Obliegenheiten durch eine vom Erziehungsrat auf Antrag der Inspektion zu erlassende Ordnung festgesetzt werden.“

III.

§ 2 des Gesetzes betreffend Kleinkinderanstalten vom 18. April 1895 erhält folgende Fassung:

„Die staatlichen Kleinkinderanstalten sind dem Erziehungsdepartement unterstellt.

Zur Leitung derselben wird eine Kommission, bestehend aus einem Präsidenten und acht, worunter drei weiblichen Mitgliedern, bestellt, welche durch den Regierungsrat auf eine Amtsdauer von drei Jahren gewählt wird.

Zur Mitwirkung können überdies für die einzelnen Anstalten durch die Kommission Frauenkomitees von drei bis fünf Mitgliedern ernannt werden, deren Obliegenheiten der Erziehungsrat auf Antrag der Kommission durch Ordnung festsetzen wird.“

IV.

Übergangsbestimmung.

„Bei Vakanzen der gemischten Inspektionen und Kommissionen werden so lange nur weibliche Mitglieder gewählt, bis deren gesetzlich vorgeschriebene Anzahl erfüllt ist.“

4. 4. Gesetz betreffend Abänderung des Schulgesetzes des Kantons Baselstadt (Lehrerbesoldungen). (Vom 8. Oktober 1903.)

Der Große Rat des Kantons Baselstadt, in Abänderung der §§ 37, 87—89, 98 und 99 des Schulgesetzes vom 21. Juni 1880 bzw. von dessen Abänderungen vom 8. Juni 1891 und vom 9. März 1893, beschließt:

I.

§ 37 des Schulgesetzes erhält folgende Fassung:

Jede der beiden Abteilungen der Realschule steht unter der unmittelbaren Leitung eines Rektors; denselben kann regelmäßiger Unterricht an ihrer Abteilung übertragen werden. Auf den Antrag des Erziehungsrates kann der Regierungsrat für jede Abteilung einen Lehrer zum Konrektor ernennen.

§ 87 (Fassung des Nachtrags zum Schulgesetz vom 9. März 1893) erhält folgende Fassung:

Die Besoldungen an den Primarschulen betragen für Lehrer Fr. 100—130, für Lehrerinnen Fr. 60—80 für die wöchentliche Lehrstunde im Jahr.

Lehrerinnen, welche wissenschaftlichen Unterricht erteilen, werden für denselben mit Fr. 80—110 für die wöchentliche Lehrstunde im Jahr, in Ausnahmefällen auch mit der vollen Besoldung eines Lehrers honoriert.

§ 88 (Fassung des Nachtrags zum Schulgesetz vom 9. März 1893) erhält folgende Fassung:

Die Besoldungen an den Sekundarschulen, dem untern Gymnasium, der untern Realschule und der untern Töchterschule betragen für Lehrer Fr. 120—160, für Lehrerinnen Fr. 60—80, in Ausnahmefällen bis Fr. 90, für die wöchentliche Lehrstunde im Jahr.

Lehrerinnen, welche wissenschaftlichen Unterricht erteilen, werden für denselben mit Fr. 100—130 für die wöchentliche Lehrstunde im Jahr, in Ausnahmefällen auch mit der vollen Besoldung eines Lehrers honoriert.

§ 89 (Fassung des Nachtrags zum Schulgesetz vom 9. März 1893) erhält folgende Fassung:

Die Besoldung der Lehrer an dem obern Gymnasium, an der obern Realschule und an der obern Töchterschule beträgt Fr. 130—250, der Lehrerinnen an der obern Töchterschule Fr. 70—90 für die wöchentliche Lehrstunde im Jahr.

Lehrerinnen an der obern Töchterschule, welche wissenschaftlichen Unterricht erteilen, werden für denselben mit Fr. 120—150 für die wöchentliche Lehrstunde im Jahr, in Ausnahmefällen auch mit der vollen Besoldung eines Lehrers honoriert.

§ 98 (Fassung vom 8. Juni 1891) erhält folgende Fassung:

Die Besoldung der Direktoren der Sekundarschulen, des Gymnasiums, der obern und der untern Realschule, sowie der Töchterschule beträgt jährlich Fr. 6000—7000. Werden Lehrer als Direktoren bezeichnet, so erhalten sie eine Gehaltszulage von Fr. 200—1000. Dieselbe wird vom Regierungsrat auf Antrag des Erziehungsrates festgesetzt.

§ 99 (Fassung vom 8. Juni 1891) erhält folgende Fassung:

Die Besoldung der Inspektoren beträgt jährlich Fr. 6000—7000.

Im Falle der Übertragung der Inspektion der Landgemeindeschulen von den Inspektoren oder Direktoren der städtischen Schulen auf einen besonders hierfür geeigneten Fachmann (§§ 10, 20) wird eine angemessene Entschädigung durch die Amtsordnung festgesetzt werden.

II.

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1904 in Kraft; jedoch erfolgt die Einweisung in die neuen Besoldungsansätze in festen Raten innerhalb eines durch den Regierungsrat für die Schulpfleger und jede Kategorie von Lehrern und Lehrerinnen besonders festzusetzenden Zeitraums von höchstens fünf Jahren.

5. 5. Loi concernant les traitements des régents et régentes du canton de Vaud. (Du 14 novembre 1903.)

Art. 1^{er}. Les articles 66, 68, 69 et 73 du chapitre V, section III, de la loi du 9 mai 1889 sur l'instruction publique primaire sont abrogés et remplacés par les dispositions suivantes:

Art. 66. Le minimum de traitement annuel est fixé de la manière suivante:

1^o Pour un régent pourvu d'un brevet de capacité, fr. 1600.

2^o Pour un régent pourvu d'un brevet provisoire, fr. 1200.

3^o Pour une régente pourvue d'un brevet définitif, fr. 1000.

4^o Pour une régente pourvue d'un brevet provisoire, fr. 700.

Art. 68. Le minimum du traitement des maîtresses d'ouvrages est fixé à fr. 300.

Art. 69. Celui du traitement des maîtresses d'écoles enfantines est fixé à fr. 600.

Art. 73. Les traitements du personnel enseignant sont, en outre, augmentés suivant les années de services dans la proportion ci-dessous:

a. Pour les régents: après 3 ans, fr. 100 par an; — après 6 ans, fr. 200 par an; — après 9 ans, fr. 300 par an; — après 12 ans, fr. 400 par an; — après 15 ans, fr. 500 par an; — après 20 ans, fr. 600 par an.

b. Pour les régentes: après 3 ans, fr. 60 par an; — après 6 ans, fr. 120 par an; — après 9 ans, fr. 180 par an; — après 12 ans, fr. 240 par an; — après 15 ans, fr. 300 par an; — après 20 ans, fr. 350 par an.

Ces augmentations sont à la charge de l'Etat et sont payées proportionnellement au temps de service pendant l'année.

Seront mis au bénéfice des dispositions qui précèdent, les maîtres spéciaux qui sont chargés d'un enseignement dans les écoles primaires d'au moins vingt heures de leçons par semaine et qui reçoivent un traitement de fr. 1600 au minimum.

Art. 2. Les pensions de retraite, servies ou à servir en vertu de la loi du 15 février 1897, continueront à être calculées sur la base des traitements prévus aux articles 66 et suivants de la loi du 9 mai 1889 sur l'instruction publique primaire.

Art. 3. Le Conseil d'Etat est chargé de l'exécution de la présente loi, qui entrera en vigueur le 1^{er} janvier 1904.

6. 6. Loi modifiant l'article 43 de la Loi sur l'Instruction publique du 5 juin 1886 concernant les examens pour l'enseignement complémentaire (Genève). (Du 27 mai 1903.)

Le Grand Conseil, sur la proposition du Conseil d'Etat,
décrète ce qui suit:

Art. 1^{er}. L'article 43 de la Loi sur l'Instruction publique du 5 juin 1886 est ainsi modifié:

„Art. 43. Les élèves qui suivent l'enseignement complémentaire subissent des examens. Ceux qui se sont distingués par leur travail et leur conduite reçoivent, à la fin de l'année, des prix et des certificats qui sont délivrés en séance publique. Le règlement détermine les conditions dans lesquelles ces prix et certificats sont accordés.“

Art. 2. L'urgence est déclarée.

7. 7. Loi modifiant l'article 48 de la Loi sur l'Instruction publique du 5 juin 1886, concernant le stage dans les écoles primaires (Genève). (Du 30 mai 1903.)

Le Grand Conseil, sur la proposition du Conseil d'Etat,
décrète ce qui suit:

Art. 1^{er}. L'art. 48 de la Loi sur l'Instruction publique du 5 juin 1886 est abrogé et remplacé par les dispositions suivantes:

„Art. 48. Tout candidat aux fonctions de régent, de régente, de sous-régent ou de sous-régente, doit avoir fait preuve d'aptitudes pédagogiques par un stage dans les écoles primaires publiques du canton de Genève.

„Chaque année le Département fixe le nombre des stagiaires et les désigne à la suite d'une inscription dont la durée est de quinze jours au moins, et d'un concours entre les candidats inscrits.

„Sont seuls admis à s'inscrire les porteurs du diplôme de maturité de la Section pédagogique du Collège de Genève ou du diplôme de capacité de la Section pédagogique de l'Ecole secondaire et supérieure des jeunes filles. Toutefois, le Département peut accepter, au lieu des diplômes indiqués ci-dessus, des titres jugés par lui équivalents.

„Les conditions du concours et l'organisation du stage sont déterminés par un règlement.

„Le Conseil d'Etat fixe l'indemnité accordée aux stagiaires.“

Art. 2. L'urgence est déclarée.

8. 8. Loi modifiant la loi du 1^{er} juillet 1899 sur l'enseignement agricole dans le canton de Genève. (Du 25 février 1903.)

Le Grand Conseil, sur la proposition du Conseil d'Etat:

Décète ce qui suit:

Chapitre premier.

Art. 1^{er}. L'enseignement agricole comprend:

- 1^o des leçons spéciales dans les écoles secondaires rurales; ces leçons ne sont pas seulement destinées aux élèves de ces écoles, elles sont publiques;
- 2^o des conférences pratiques et théoriques dans les communes rurales;
- 3^o l'école cantonale d'horticulture, de culture maraîchère et de viticulture, avec stations d'analyses et d'essais;
- 4^o les cours spéciaux pour apprentis jardiniers;
- 5^o les cours agricoles.

Art. 2. Cet enseignement est placé sous la direction du département de l'Instruction publique.

Art. 3. Pour l'école cantonale d'horticulture, de culture maraîchère et de viticulture, il est institué une commission consultative de sept membres, nommés pour trois ans, à raison de trois membres par le Conseil d'Etat et trois par le Grand Conseil. Le directeur fait partie de droit de cette commission.

Cette commission est présidée par le chef du département de l'Instruction publique.

Art. 4. Les cours aux apprentis jardiniers et les cours agricoles sont placés sous la surveillance de deux commissions de cinq membres chacune, nommés pour trois ans, à raison de trois membres par le Conseil d'Etat et de deux par le Grand Conseil.

Art. 5. La réunion de ces trois commissions, siégeant sous la présidence du conseiller d'Etat chargé du département de l'Instruction publique, constitue la commission de l'enseignement agricole, qui est appelée à donner un préavis sur les questions d'ordre général.

Chapitre II. — Ecole cantonale d'horticulture, de culture maraîchère et de viticulture.

Art. 6. L'école cantonale d'horticulture, de culture maraîchère et de viticulture, comprend:

- 1^o Un enseignement théorique et pratique des branches suivantes: sciences physiques et naturelles (se rapportant à l'agriculture); — arboriculture fruitière.

tière et ornementale; — floriculture; — culture maraîchère; — viticulture; — apiculture; — architecture paysagiste; — sylviculture; — dessin; — arpentage géométrie; — comptabilité; — français.

Les élèves peuvent être répartis en trois sections: horticulteurs, maraîchers, viticulteurs.

2^o Une station d'analyses et d'essais, mise à la disposition des agriculteurs.

Art. 7. Le règlement de l'école est élaboré par le département de l'Instruction publique et soumis à l'approbation du Conseil d'Etat. Le programme de l'enseignement est établi par le département.

Art. 8. L'école admet des élèves réguliers et des auditeurs.

Art. 9. Sont admis comme élèves réguliers les jeunes gens d'au moins quinze ans (sauf dispense accordée par le département), sortant avec le certificat de la deuxième année d'une école secondaire rurale ou justifiant d'une instruction équivalente.

Art. 10. A la fin de leurs études, un diplôme ou un certificat est délivré aux élèves qui l'ont mérité par leur travail et par les résultats de leurs examens.

Art. 11. L'année scolaire commence au printemps et comporte au minimum quarante-cinq semaines d'études.

Art. 12. L'enseignement est gratuit pour les élèves réguliers suisses. Les étrangers et les auditeurs paient une finance déterminée par le règlement.

Art. 13. Dans la règle, les élèves réguliers sont logés et nourris à l'école.

Art. 14. Le prix de la pension, comprenant la nourriture et le logement, est fixé par le règlement. Les élèves genevois, placés par la commission de l'enfance abandonnée et par la commission administrative de l'hospice général, seront logés et nourris gratuitement.

Art. 15. Un directeur est placé à la tête de l'école. Il est chargé d'une partie de l'enseignement.

Le directeur et sa famille sont logés et nourris dans l'établissement; ceux de ses enfants au-dessus de quinze ans paient la pension des élèves de l'école.

Le directeur reçoit un traitement annuel de 3000 à 4000 francs.

Art. 16. Le traitement des fonctionnaires et des employés de l'école est fixé par le budget.

Art. 17. Le directeur et les professeurs sont nommés pour un an et à titre d'essai; passé ce terme, ils pourront être confirmés pour une période de six ans.

Art. 18. Le Conseil d'Etat fera les démarches nécessaires en vue du maintien des conventions intervenues avec les cantons suisses au sujet de l'école cantonale d'horticulture de Châtelaine.

Art. 19. Le Conseil d'Etat est autorisé à accorder des bourses aux élèves genevois de l'école cantonale de Châtelaine, dont les parents ne peuvent faire les sacrifices pécuniaires prévus par la loi et le règlement.

Ces bourses sont accordées sous forme de réduction du prix de la pension, prévu par l'art. 14 de la présente loi et par l'art. 11 du règlement du 3 juillet 1900.

Chapitre III. — Cours pour apprentis jardiniers.

Art. 20. Il est créé pour les apprentis jardiniers du canton de Genève un enseignement théorique et pratique ayant pour but de leur permettre de se perfectionner dans la connaissance de leur métier.

Art. 21. Cet enseignement comprend les notions scientifiques essentielles, des directions pratiques sur la culture maraîchère, l'arboriculture et la floriculture, le dessin et la comptabilité.

Art. 22. Les cours s'étendent sur une période de deux ans. Les leçons ont lieu le soir, pendant les cinq mois d'hiver, à raison de trois heures au moins par semaine.

Art. 23. Ces cours sont gratuits. Les apprentis jardiniers âgés d'au moins quatorze ans y sont admis.

Art. 24. Ces cours sont placés sous la surveillance de la commission, prévue à l'art. 4. Leur direction est confiée à un surveillant nommé par le département de l'Instruction publique, sur la présentation de la commission.

Art. 25. Les maîtres sont nommés pour un an à titre d'essai; passé ce terme, ils pourront être confirmés pour une période de six ans. Leur traitement est fixé par le budget.

Art. 26. Il sera délivré des certificats aux élèves qui les auront mérités par leur travail et leurs examens.

Chapitre IV. — Cours agricoles.

Art. 27. Les cours agricoles sont destinés à fournir aux jeunes gens qui se vouent à l'agriculture les connaissances théoriques et pratiques nécessaires pour la conduite d'une exploitation agricole.

Ils ont lieu du commencement de novembre au milieu de mars, pendant quinze semaines au moins.

Leur durée est de deux ans.

Art. 28. Le programme comprend: les notions indispensables de botanique, de géologie, d'histoire naturelle, de physique, de météorologie, de chimie et particulièrement de chimie agricole; — l'agriculture; — l'arboriculture; — la culture maraîchère; — la viticulture et la vinification; — la zootechnie, l'industrie laitière et l'hygiène vétérinaire; — l'économie rurale, la législation rurale et la comptabilité; — le génie rural, le dessin, le toisé et l'arpentage.

Cet enseignement se donne autant que possible à l'aide de démonstrations pratiques.

En cas de besoin constaté, le Conseil d'Etat pourra créer une troisième année.

Art. 29. Les règlements de l'école et les règlements relatifs aux programmes et à la durée de l'enseignement sont élaborés par la commission, prévue à l'art. 2 et soumis à l'approbation du Conseil d'Etat.

Art. 30. Les cours sont suivis par des élèves réguliers et par des auditeurs.

Art. 31. Sont admis comme élèves réguliers, les jeunes gens âgés d'au moins quinze ans, sortant avec le certificat de la deuxième année d'une école secondaire rurale ou justifiant d'une instruction équivalente.

Art. 32. A la fin de leurs études, un diplôme est délivré aux élèves qui l'auront mérité par leur travail et par les résultats de leurs examens.

Art. 33. Les cours sont gratuits pour les élèves réguliers suisses; les étrangers et les auditeurs paient une finance de 2 francs par chaque heure de cours par semaine.

Art. 34. L'état prend à sa charge les frais de déplacement, par voie ferrée ou par bateau, des élèves réguliers suisses habitant le canton.

Art. 35. Ces cours sont placés sous la surveillance de la commission, prévue par l'art. 2. Un surveillant est nommé par le département sur la présentation de la commission.

Art. 36. Les traitements du personnel enseignant sont fixés par le budget. Les professeurs reçoivent 5 à 10 francs par leçon.

Ils sont nommés pour un an à titre d'essai; passé ce terme, ils pourront être confirmés pour une période de six ans.

Clause abrogatoire.

Sont abrogés les chapitres I, II, III de la loi du 1^{er} juillet 1899 sur l'enseignement agricole, ainsi que la disposition transitoire indiquée à la page 10 de la même loi.